

Biographie: Adolf Biedermann (30.03.1881 in Hamburg – 11.05.1933 bei Recklinghausen)



Der politische Lebenslauf des Reichstagsabgeordneten Adolf Biedermann weist typische Stationen eines sozialdemokratischen Engagements in Beruf, Gewerkschaft, Parteiorganisation und parlamentarischen Gremien auf:

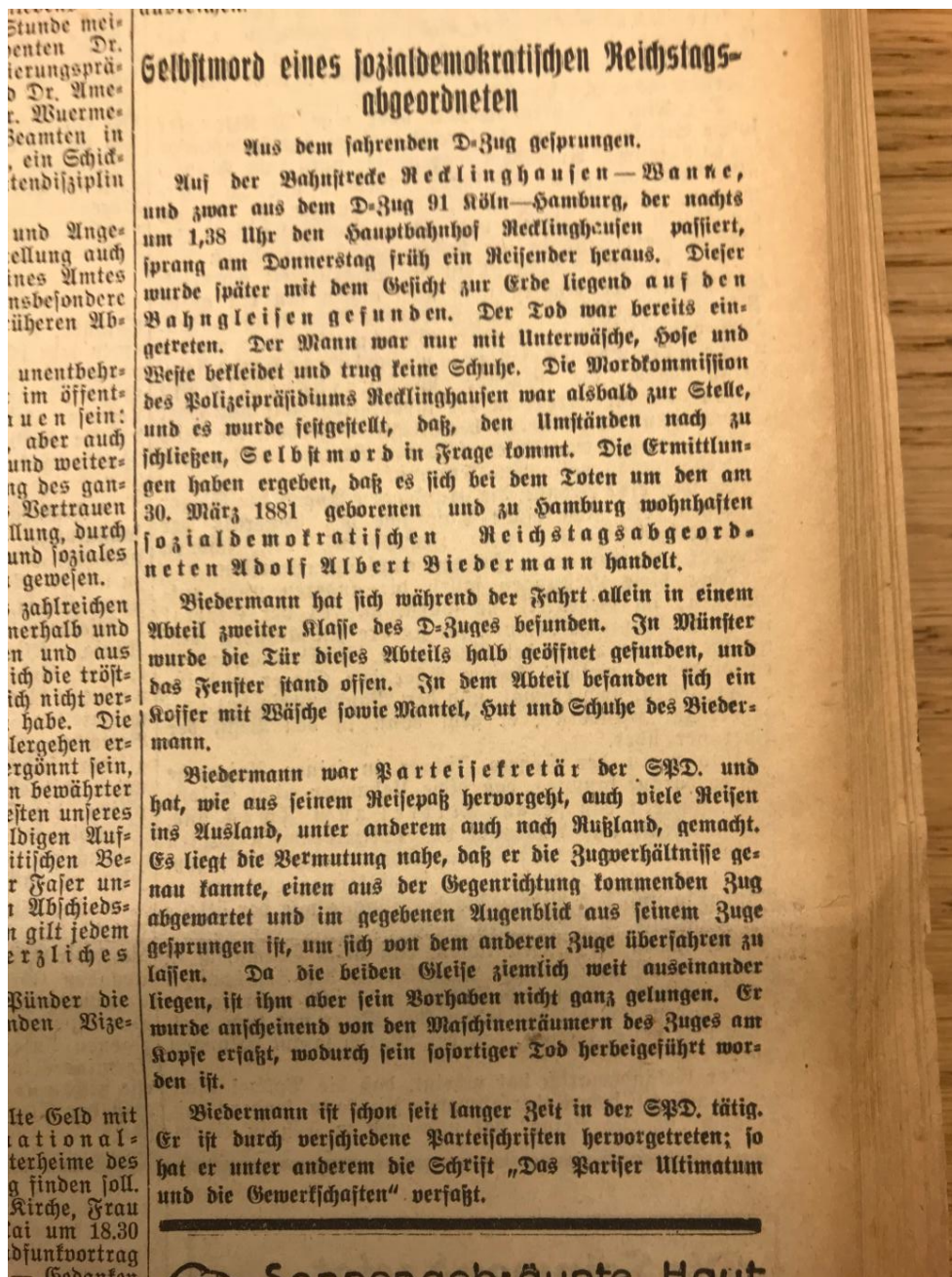
Adolf Biedermann wurde am 30. März 1881 als Sohn des Maler- und Anstreichermeisters Arthur Biedermann in Hamburg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Hamburg 1887-1895 absolvierte er bis 1899 seine Schlosser- und Klempnerlehre in Eckernförde. 1901 wurde er zum Militärdienst eingezogen und nahm 1914-1918 als Unteroffizier am Ersten Weltkrieg teil. Politisch aktiv war der Schlossergeselle bereits ab 1912 als Bezirks-, dann Distriktführer der Hamburger SPD und ab 1913 in der Bezirks- und Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes. So wurde er in der Revolutionsphase 1918/19 Mitglied des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates. In der Weimarer Republik gehört er 1919-1927 für die SPD der Hamburger Bürgerschaft (dem Landtag des Bundesstaates) an. In der SPD übernahm er 1925-1933 die Funktion des Parteisekretärs, übernahm Aufgaben für die Parteipresse und wurde Vorsitzender des republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in seiner Heimatstadt. Als Mitglied der Bürgerschaft übernahm er in Hamburg auch kommunale Aufgaben in verschiedenen Verwaltungsbereichen. Nach einer vergeblichen Kandidatur für den Reichstag 1920 wurde er im November 1926 Reichstagsabgeordneter

und behielt dieses Mandat in den folgenden fünf (!) Reichstagswahlen 1928-1933.

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30.01.1933 war der Reichstag aufgelöst und erneute Neuwahlen ausgelöst worden. Der Reichstagsbrand am 28.02.1933 wurde zum Vorwand für eine Notverordnung des Reichspräsidenten genommen, die die Grundrechte massiv einschränkte. Der letzte Wahlkampf zum Reichstag und zu den anderen ebenfalls aufgelösten Parlamenten und Räten fand im Zeichen des Ausnahmezustandes statt. Bereits die Notverordnung "zum Schutz des deutschen Volkes" vom 4. Februar ermöglichte die Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit. Ab 22. Februar wurden ausgerechnet SA, SS- und "Stahlhelm" zur „Hilfspolizei“ ernannt. Den endgültigen Meilenstein auf dem Marsch in die Diktatur markierte die "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933. Die Brandstiftung im Reichstagsgebäude wurde geschickt zur Aushebelung der wichtigsten Grundrechte "bis auf weiteres" genutzt. Tatsächlich wurde der damit legitimierte Ausnahmezustand bis zum Untergang des „Dritten Reiches“ nicht mehr außer Kraft gesetzt. geschaffen. Die demokratischen Parteien SPD, Zentrum und Liberale wurden bedroht, Versammlungen verboten oder gesprengt, Zeitungen verboten, Mitglieder verhaftet. Gegen die KPD als vermeintlichen Anstiftern des Reichstagsbrandes wurde durch Verhaftungen besonders massiv vorgegangen. Bei dieser letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde die NSDAP stärkste Fraktion und erlangte zusammen mit ihrem monarchistischen Koalitionspartner DNVP eine Mehrheit. Nach dem Abstimmungssieg im Reichstag über das „Ermächtigungsgesetz“ gegen die Stimmen der SPD nahmen Gewalt und Terror gegen alle Parteien zu. Allein im März wurden 18 SPD-Reichstagsabgeordnete verhaftet. Andere gingen ins Exil oder tauchten unter. Am 2. Mai war der Welle propagandistischer Großveranstaltung zum neuen „Feiertag der nationalen Arbeit“ am Vortag die Zerschlagung der Gewerkschafts-organisationen gefolgt. Am 10. Mai 1933 wurde das gesamte Vermögen der SPD beschlagnahmt. In dieser Atmosphäre der Unsicherheit, Bedrohung und Angst hatte Adolf Biedermann den Nachtzug von Köln nach Hamburg bestiegen, der um 01.38 Uhr den Hbf Recklinghausen passiert hatte und wurde am 11. Mai 1933 tot neben den Bahngleisen bei Recklinghausen aufgefunden. Die Todesursache („Unglück, Selbstmord, Mord“) ist nach Aussagen des Biographischen Dienstes des Deutschen Bundestages bis heute ungeklärt.¹ Bei der Beisetzungsfest auf dem Ohlsdorfer Friedhof am 24. Mai 1933 unter großer Beteiligung der Bevölkerung wurde von vielen Teilnehmern

¹ <http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop-db/biospo-db.php>, 18.08.2017

angesichts der nationalsozialistischen Gleichschaltungs- und Verhaftungswelle eine Ermordung vermutet. Der ins Exil geflohene SPD-Vorstand ging von einem Selbstmord aus Verzweiflung aus. Seine Frau, mit der er seit 1904 verheiratet war, beantragte zur Sicherstellung einer Versorgung eine Entschädigung durch die Reichsbahn wegen eines Unglücksfalls.²



(Recklinghäuser Zeitung, 12. Mai 1933)

(Georg Möllers)

² Vgl. dazu: Lindner, Jörn/Müller, Frank, Mitglieder der Bürgerschaft – Opfer totalitärer Verfolgung, hg. v. d. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 3. Überarbeitete und ergänzte Auflage, Hamburg 2012; Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, hg. v. der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Marburg 2000

©Diese PDF-Datei ist ein Anhang zur biographischen Datei („Opferbuch“) im
„Gedenkbuch Opfer und Stätten der Herrschaft, der Verfolgung und des
Widerstandes in Recklinghausen 1933 – 1945“ – Link:
www.recklinghausen.de/gedenkbuch